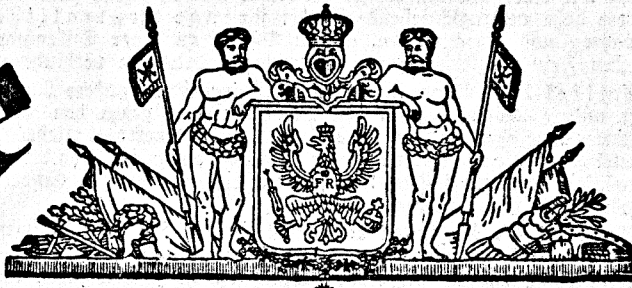


# Wossische



# Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Wossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich frei ins Haus und durch die Post monatlich 15 Mark. Anzeigen: Zeile 3 Mark und 66 2/3 % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW. 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): i. V.: Dr. Edwards, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852 Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

## Ergebnisse der Pariser Verhandlungen.

### Gute Einigungsaussichten.

Rückkehr Guggenheims und Bergmanns.

Paris, 13. Juli (W. T. B.)

Die deutschen und die französischen Vertreter, die in Paris über die Sachlieferungen verhandeln, haben heute in einer Vollversammlung ihre Beratungen fortgesetzt und vorläufig zu Ende geführt. Eine Anzahl von Einzelpunkten bleibt noch zu lösen. Sie sollen durch Staatssekretär Bergmann und Dr. Guggenheimer, welche nach Berlin reisen, mit den zuständigen Stellen erörtert werden. Es ist zu hoffen, daß in kurzer Zeit unter Zustimmung der Reparationskommission ein Abkommen zustandekommt.

Das zwischen den Sachverständigen der Reparationskommission und dem Reichstohlenrat vereinbarte Programm für die Lieferung der deutschen Kohle im August d. J. ist von der Reparationskommission genehmigt worden. Die Lieferungen belaufen sich für August auf 2 200 000 Tonnen.

Das Garantiekomitee wird über die seit seinem Zusammentritt durchgeführten Arbeiten, namentlich über die Berliner Verhandlungen mit der deutschen Regierung, der Reparationskommission Bericht erstatten.

in Paris, 13. Juli.

Der Wiedergutmachungsausschuß hat das deutsch-italienische Abkommen über die Ersetzung der Restitution der von Deutschland zurückzuliefernden Gegenstände durch Substitution von neuem Material heute genehmigt. Ähnliche Vereinbarungen mit anderen verbündeten Mächten stehen, wie kürzlich berichtet wurde, bevor.

### England für eine Vorkonferenz.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

in London, 13. Juli.

In hiesigen politischen Kreisen glaubt man, daß es eventuell möglich sein werde, die Pacific-Konferenz von der Abrüstungskonferenz zu trennen. Sollte dies möglich sein, so würde es England nicht ungerne sehen, wenn die Pacific-Konferenz nach London verlegt und vielleicht sofort im Anschluß an die Reichskonferenz abgehalten werden könnte. Für diesen Plan besteht Sympathie auch bei einigen Premierministern der Kolonien. Die Vertreter Australiens und Neuseelands stehen auf dem Standpunkt, daß sie nach so langer Abwesenheit von ihrer Heimat nicht sobald wieder sich auf eine so lange Reise begeben können. Es gilt danach nicht als ausgeschlossen, daß Schritte unternommen werden, um die Vereinigten Staaten zur Entsendung von Delegierten nach London zu bewegen. Aber es wird jedenfalls als sicher betrachtet, daß die Reichskonferenz sich unter diesen Umständen nicht, wie bisher erwartet, am 21. d. M. auflösen kann.

Es besteht eine gewisse Gefahr, daß Gardings Plan durch eine solche Teilung in zwei getrennte Konferenzen unter Umständen gefährdet werden könnte. Denn wenn die Konferenz der Mächte des Stillen Ozeans die aktuellsten Fragen in absehbarer Zeit erledigt haben wird, während die Verhandlungen über die Abrüstungsfrage vorläufig verschoben werden, ist es wahrscheinlich, daß die Abrüstungskonferenz einer weiteren Vertagung anheim fällt.

Der „Standard“ hat einige hiesige amerikanische Journalisten über die Aufnahme befragt, die Lloyd George in den Vereinigten Staaten finden würde, wenn er als Haupt der englischen Delegation nach Washington kommen würde. Der Vertreter der „Chicago Tribune“ prophezeite dem Premierminister einen glänzenden Empfang. Niemand in den Vereinigten Staaten würde sich in die Streitigkeiten der inneren englischen Politik mischen. Der Vertreter der „New York Times“ erklärte sogar, daß alle Amerikaner, die Interesse an einer Verbesserung der Beziehungen zu England hätten, dringend wünschten, Lloyd George in Amerika zu sehen. Lloyd George habe bereits viele Bewunderer in der Union, und ihre Zahl würde noch wachsen, wenn er selbst herüberkäme.

in Paris, 13. Juli.

Der „Temps“ präzisiert heute den Standpunkt Frankreichs gegenüber dem amerikanischen Konferenzplan. Das Blatt führt aus, der europäische Friede würde vollständig werden, wenn England und Amerika jetzt das Garantieabkommen von 1919 in Kraft treten ließen. Allerdings müßte trotzdem vor der Abrüstung noch die Frage gelöst werden, wie man heimliche Rüstungen eines Staates verhindern könne. Falls England und Amerika ein Garantieabkommen nicht in Kraft treten ließen, müßte

Frankreich seine volle militärische und politische Freiheit behalten. Falls seine Absichten nicht durchkreuzt werden, würde es seine Sicherheit in diesem Falle fest gründen können, ohne den Frieden auf dem Kontinent zu erschüttern. Umso leichter werde dann die Frage der Rüstungen zur See gelöst werden können, zumal Frankreich mit der Beschränkung dieser Rüstungen bereits den Anfang gemacht habe.

Der „Temps“ hebt weiter hervor, daß der englische Gedanke einer vorbereitenden Konferenz für die Fragen des Stillen Ozeans unter Ausschluß von Frankreich und Italien in Washington keinen Beifall findet, und betont, daß diese amerikanische Auffassung sich mit der Ansicht Frankreichs deckt. Er stellt dann erneut fest, daß die Zukunft Chinas als das wichtigste weltpolitische Problem betrachtet werden müsse. Das Blatt erklärt zum Schluß, man dürfe sich nicht darüber täuschen, daß der Erfolg der Konferenz in erster Linie von Englands Haltung abhängt. England habe es gegenwärtig in der Hand, die ganzen weltpolitischen Fragen nach dem Frieden oder nach dem Kriege hin zu orientieren. Der Orientkrieg könne auf ein Zeichen von Lloyd George hin sofort beendet werden. Die deutsch-französischen Beziehungen würden einen anderen Charakter annehmen, wenn England die deutsche Revanchepartei nicht ermutige und dadurch die Gefahr eines neuen deutsch-französischen Konflikts erschließe, und das Problem des Stillen Ozeans könne nur gelöst werden, wenn England auf sein Bündnis mit Japan verzichte.

### Der Völkerbund und Washington.

Washington, 13. Juli (E. E.)

Hohe Beamte des Staatsdepartements erklären, daß die vom Präsidenten Harding beschlossene interkontinentale Konferenz über die Abrüstung nicht als ein Schritt zur Bildung einer neuen Völkervereinigung betrachtet werden müsse, daß jedoch die Beratungen möglicherweise auf diesen Weg führen könnten. Der französische Botschafter Jufferand wird morgen nach Paris reisen, um mit Briand über die bevorstehende Konferenz zu sprechen.

in London, 13. Juli.

Präsident Harding hat dem Senat mitgeteilt, daß die Abrüstungskonferenz die Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland nicht verzögern werde.

\*

Nach amerikanischen Blättermeldungen soll Präsident Harding nicht die Absicht haben, den Friedensschluß mit den Mittelmächten in einer Vorkonferenz feierlich zu verkünden, sondern er wird voraussichtlich demnächst einen diplomatischen Schritt unternehmen, um die Beziehungen mit Deutschland wiederherzustellen.

Paris, 13. Juli (W. T. B.)

Wie der „Temps“ mitteilt, ist, mit Rücksicht auf die Einladung des Präsidenten Harding zu einer Abrüstungskonferenz, die für den 16. Juli in Paris beabsichtigte Tagung der gemischten Kommission des Völkerbundes für Abrüstungsfragen abgesetzt worden.

### Auflösung des deutschen Plebiszit-Kommissariats.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

\* Breslau, 13. Juli.

Nachdem die deutschen Parteien und Gewerkschaften Oberschlesiens bereits in der Breslauer Aussprache mit dem Reichskanzler einstimmig als ihren Vertrauensmann den früheren Leiter der deutschen Abstimmungspropaganda, Landrat a. D. Dr. Lufschel, genannt hatten, ist jetzt die formelle Berufung Dr. Lufschels an die Spitze der Vertretung der deutschen Bevölkerung Oberschlesiens in Kattowitz erfolgt. Nachdem diese Vollvertretung der deutschen Organisationen Oberschlesiens ihre Tätigkeit wieder aufgenommen hat, hat sich der Zwölferausschuß in Oppeln aufgelöst. Von seinen bekannteren Mitgliedern sind nur die beiden Zentrumsleute Pfarrer Ullha und Reichstagsabgeordneter Ehrhart in Kattowitz in den Ausschuß übergetreten, dem sie schon vor dem Aufstand angehört. Der deutsche Plebiszitkommissar Dr. Urbanek hat anlässlich der Neuorganisation seine Aufgabe für beendet angesehen und sein Amt niedergelegt. Das Plebiszitkommissariat, das seine Aufgabe erfüllt und die Abstimmungsorganisation ausgeführt hat, löst sich nunmehr ebenfalls auf. Politische Bedeutung ist dem Rücktritt Dr. Urbaneks, dessen Tätigkeit wesentlich eine Verwaltungsmäßige gewesen ist, nicht beizumessen.

## Das englisch-japanische Bündnis.

von

Eduard Wastel,

Berichterstatter der „Wossischen Zeitung“.

London, Anfang Juli.

Das Bündnis zwischen England und Japan, dessen Verlängerung oder Kündigung bisher das Hauptthema der Reichskonferenz der Premierminister gewesen ist, liegt nicht mehr in seiner ursprünglichen Gestalt vor, sondern hat bereits seine dritte Fassung erlebt. Als der Vertrag 1902 in seiner ersten Form geschlossen wurde, hatte er ein ganz anderes Ziel, als später bei der Erneuerung. England befürchtete damals einen Angriff des zaristischen Rußland auf Indien und Konstantinopel. Dafür war Japan die geeignete Rückendeckung. Japan dagegen wünschte sich Korea zu sichern und eine vorherrschende Stellung in China zu gewinnen. Nachdem Rußlands Expansionsfähigkeit unschädlich gemacht war, wurde der Vertrag in seiner zweiten Fassung erneuert. Dieses Mal war die Front verändert. Der Herausgeber der „Geheimen Erinnerungen des Grafen Hayashi“, der Engländer A. M. Pooley, fällt über die Politik seiner Regierung, die in diesen Verträgen zum Ausdruck kommt, ein sehr ungünstiges Urteil, das zum Verständnis der Situation hier wieder gegeben sei. Er sagt über den Vertrag:

„Das Dokument, das die Integrität Chinas und die Unabhängigkeit Koreas sichern sollte, lieferte das letzte Band zur Annexion an Japan aus und übertrug ein Stück des chinesischen Reiches, so groß wie Indien, der japanischen Kontrolle. Eine britische Regierung, die ihr Siegel unter den Vertrag gesetzt hatte, offenbar um Chinas Souveränität über sein eigenes Gebiet zu sichern, nahm aktiv an der Abschaffung dieser Souveränität über einen großen Streifen Chinas teil. Man darf sich hiernach nicht wundern, daß Deutschland darüber erkaunt war, daß England 1914 für einen „Fehlgriff“ Respekt zeigte.“

Das sind Worte des Engländers Pooley, der sich nicht scheut zu sagen, daß der Vertrag in seiner zweiten Fassung gegen Deutschland als den nächsten Feind gerichtet war. Diese Mitteilung ist deswegen besonders interessant, weil Graf Hayashi in seinen Aufzeichnungen mitteilt, daß Deutschland sich um die Jahrhundertwende bemühte, einen Dreiecksbund mit England und Japan zustande zu bringen. Deutschland wurde aber, als das Bündnis zum Abschluß gelangte, ausgeschlossen. Der Ausschluß ist von deutscher Seite abgelehnt worden, offenbar um zu vermeiden, daß die deutsche Diplomatie sich einen beleidigenden Refus geholt hätte. Aber in den Aufzeichnungen des Grafen Hayashi, des japanischen Botschafters in London, finden sich Beweise dafür, die der Herausgeber folgendermaßen bewertet:

„Diese Ablehnung ist der Schlüssel für alles, das seitdem in dem fernen Osten geschehen ist, und für vieles, das sich in Europa ereignet hat. Der Beschluß im Jahre 1902 war der erste Fall in einer langen Reihe ähnlicher Ereignisse, von denen jedes das Ziel hatte, Deutschland im fernen Osten auszuschließen. Die Historiker der Nachwelt werden die wichtige Pflicht haben, zu entscheiden, inwiefern durch diese Behandlung in Ostasien die deutschen Ansprüche beschnitten und die deutsche Opposition gegen England entwidert worden ist.“

Der inzwischen verstorbene Graf Hayashi hat sicher geglaubt, der Welt einen Dienst zu erweisen, wenn er bestimmte, daß die Papiere seines Nachlasses veröffentlicht werden sollten. Als die erste Publikation daraus erschienen war, verbot das japanische Außenministerium das weitere Erscheinen. Nur unter Schwierigkeiten war es möglich, das Manuskript aus Japan heraus zu schaffen und vor dem Zugriff der japanischen Regierung in Sicherheit zu bringen. Hayashi erweist uns Deutschen jedenfalls einen Dienst, wenn er uns in seinen Memoiren auf die Fehler aufmerksam macht, die die deutsche Diplomatie in Ostasien begangen hat, und durch die sie sich die Sympathien der Regierung in Tokio verschätzte. Ueber diese Tragikomödie schreibt Hayashi u. a.:

„Deutschland hatte keinerlei Grund, Japans Feind zu sein. Deutschland hatte in Europa keine Verpflichtung, Rußland zu unterstützen, wie es mit Frankreich der Fall war. Gelegentlich der Unterzeichnung des Friedens von Shimonojoki war der deutsche Minister in Tokio Baron v. Gutschmid der erste, der ein Glückwunschtelegramm an unseren Außenminister absandte. Infolgedessen war es für Japan eine große Überraschung, als Deutschland plötzlich seine Haltung änderte und eine gemeinsame Aktion mit Frankreich und Rußland unternahm, um uns zur Aufgabe von Port Arthur zu bewegen.“

Das japanische Außenministerium wollte ergründen, woher Deutschlands Haltung käme. Hayashi sagt, daß Baron Gutschmid in einer umständlichen Erklärung darauf aufmerksam machte, daß Deutschland schon 1895 (!) die japanische Regierung davor gewarnt habe, eine Teilung der Mandschurei anzustreben, da ein solches Vorgehen die übrigen Mächte zum Einschreiten veranlassen würde. „Entgegen dieser freundlichen Warnung hat die japanische Regierung einen Vertrag mit China geschlossen, der territorialen Zuwachs bedeutete, und infolgedessen (!) war Deutschland gezwungen, Rußland und Frankreich beizustehen.“ Graf Hayashi bezeichnet dies als „eine merkwürdige Erklärung“, die ihm unverständlich